

II- 145 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 17. JUNI 1970 No. 145

A n f r a g e :

Der Abgeordneten Robak, Wodica, Müller und Genossen, an den
Herrn Bundesminister für Finanzen,
betreffend Abgabenhöhe für Gemeindeverbände.

Im Finanzverfassungsgesetz ist eine Abgabenhöhe nur für
den Bund, die Länder und Gemeinden vorgesehen. Nach der
Gemeindeverfassungsnovelle 1962 ist die Gründung verschiedener
Verbände zwischen zwei oder mehreren Gemeinden aus Gründen
einer sparsameren und zweckmäßigeren Versorgung gleichartiger
Gemeindeaufgaben möglich. Es gibt auch schon verschiedene
Verbände besonders auf dem Gebiete der Wasserversorgung und der
Abwasserbeseitigung. Im Burgenland werden zwei Drittel der
Bevölkerung durch "Verbände" mit Wasser versorgt. 150 Gemeinden
sind in 11 Verbänden zusammengeschlossen. Der Zusammenschluß
kleiner Ortswasserleitungen wird aus verschiedenen Gründen
immer notwendiger und die Zukunft gehört großen Wasserverbänden.
Nach der derzeitigen Rechtslage sind Wassergebühren eine Gemeinde-
abgabe und nach § 15, Abs. 3 des FAG. 1967 sind nur die Gemeinden
ermächtigt Wassergebühren einzuhoben. Daraus ergeben sich für
die Verbände große Schwierigkeiten und Behinderungen in der
Erfüllung ihrer Aufgaben.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn
Bundesminister für Finanzen die nachstehenden

A n f r a g e n :

- 1.) Werden Sie eine Novelle zum F.A.G. 1967 mit taxativer
Ausnahme für Wasserverbände ausarbeiten lassen ?
- 2.) Wenn ja: Bis wann ist mit einer Regierungsvorlage zu
rechnen.